

Hessischer Landtag · 20. Wahlperiode · 126. Sitzung · 26. Januar 2023
Rede Rolf Kahnt Antrag Aktuelle Stunde Fraktion der AfD Silvester 2022/2023 in
Deutschland und Hessen – Angriffe auf Feuerwehr und Polizei müssen hart
bestraft werden – Drucks. 20/10411 –

https://www.youtube.com/watch?v=XwyH2uA_y-s&t=422s

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Bundesweite Angriffe auf Polizei-, Feuerwehr- und Rettungskräfte in der Silvesternacht sind schockierend und machen fassungslos.

Diese unbegreifliche Zerstörungswut, so viel Hass und Gewalt verschlagen einem die Sprache. Sie machen sprachlos, richteten sich diese abscheulichen Angriffe doch gezielt gegen diejenigen, die sich Tag und Nacht in Selbstlosigkeit für unsere Gesellschaft, unseren persönlichen Schutz, unsere persönliche Sicherheit und für unsere Gesundheit einsetzen. Sie richtete sich ausgerechnet gegen jene, die für uns wertvolle, nicht hoch genug wertzuschätzende Dienste, nicht selten unter dem Einsatz ihrer eigenen Gesundheit, verrichten. Umso schlimmer ist nun, dass ausgerechnet sie in der Silvesternacht Zielscheibe und Opfer von Hass und Gewalt wurden. Das Entsetzen über diese erschreckenden Taten ist groß.

Ohne mögliche Ursachen für diese Unbegreiflichkeiten ins Auge zu fassen, zielten Schnellschüsse in Bevölkerung und Politik auf die besonders harte Bestrafung der Täter ab. Befürworterin ist sogar Bundesinnenministerin Nancy Faeser. Wieder zurück aus Dubai und ohne ihre „One Love“-Armbinde hielt sie eben nicht wie die deutschen Kicker den Mund, sondern präsentierte sich flugs als Law-and-Order-Figur. Für eine Juristin bemerkenswert, müsste sie doch besser wissen, wie es in der Demokratie um die Gewaltenteilung bestellt ist. Weder sie noch andere setzen für Straftaten ein Strafmaß. Das allein obliegt der unabhängigen Justiz. Unser Rechtsstaat ist stark genug, braucht keine Belehrungen und verdient stattdessen vorbehaltloses Vertrauen, meine Damen und Herren.

Auch mit anderen Vorstellungen ist aufzuräumen. Als bekannt wurde, dass die Täter mehrheitlich Deutschstämmige sind, jedoch eine erhebliche Zahl von ihnen einen Migrationshintergrund aufweist, war für eine bestimmte Ecke klar, wer verantwortlich gemacht werden müsse und welches Strafmaß, bis hin zur Abschiebung, gewünscht sei. Um auch das klarzustellen: Überführte werden nicht nach Herkunft zur Rechenschaft gezogen. Das gerechte Strafmaß obliegt allein der Rechtsprechung und richtet sich nach der Gesetzgebung.

So widerlich diese Straftaten sind, sie parteipolitisch zu nutzen, sie für eigene Interessen zu missbrauchen und auf Migranten abzielen, ist unanständig und unwürdig. Viel zielführender ist es dagegen, zu den Motiven Ursachenforschung zu betreiben und präventive Maßnahmen und Lösungen anzubieten.

Schreihälse für Strafverschärfungen brauchen wir dabei nicht, meine Damen und Herren. Vielen Dank